

**Kurze Texte zur Kritik
aktueller politischer
Verhältnisse
2010 - 2014**

Jörg Djuren

HerausgeberInnengemeinschaft
Paula & Karla Irrliche
www.irrliche.org
Seit 2001



Copyright für alle hier publizierten Texte von Jörg Djuren: CC BY SA



Die hier publizierten Text sind auf Dauer auch über den Tod des Autors hinaus vom UrheberInnenrecht freigestellt, dies gilt für alle NutzerInnen, die auch ihre Folgeprodukte wieder vom UrheberInnenrecht freistellen - CC BY SA -. Insbesondere sind Verwertungen durch 'sogenannte' Verwertungsgesellschaften (VG-Wort/GEMA/usw.) diesen ausdrücklich und dauerhaft untersagt - Eigentum ist Diebstahl.

Die Weiterverbreitung, Nutzung und Spiegelung der Texte ist ausdrücklich erwünscht.

Inhalt

05 - Kinderpitzel im Wandel der Zeit

(AutorIn: J.Djuren - Erstveröffentlichung - Internetpublikation - 2010)
- Nachdem 2007 die Ministerin van der Leyen noch auf Grund des politischen Widerstandes die Verankerung des Einsatzes von Kinderpitzeln aufgeben musste, ist dies nur drei Jahre später Alltagsrealität.
-

11 - Olestina - Traumpaar der Neuen Rechten

(AutorIn: J.Djuren - Überarbeitete Version - Erstveröffentlichung - graswurzelrevolution 345 - Münster, Januar 2010)
- Die neue Familienministerin heißt Kristina Schröder (Geburtsname Köhler). Sie ist eine moderne Verkörperung der Stahlhelmfraktion in der CDU. Und ihr Mann Ole Schröder ist als Staatssekretär im Bundesinnenministerium ein Lobbyist des Finanzkapitals für Private-Public-Partnerships -

20 - Die Privatisierung des Internet, Web 2.0, proprietäre Software & Politische Zensur

(AutorIn: J.Djuren - Überarbeitete Version - Erstveröffentlichung - graswurzelrevolution 349 - Münster, Mai 2010)
- Im Internet übernehmen zunehmend eine kleine Gruppe von Konzernen die Kontrolle. Sie bestimmen nicht nur mit welchen technischen Mitteln gearbeitet wird sondern nehmen auch immer stärker Einfluß auf die Inhalte. -

27 - Erinnerungswürdig! - Die "Erfolge" der rot-grünen Bundesregierung 1998 - 2005

(AutorIn: J.Djuren - Erstveröffentlichung - graswurzelrevolution 380 - Münster, Juli 2013)
- Die Auswirkungen der Politik der rot-grünen Bundesregierung für linke Basisbewegungen waren fatal. Die Zerstörung politischer Strukturen und der von Joschka Fischer und Gerhard Schröder betriebene Rechtsruck der Republik wirken bis heute fort -

43 - Warum ein Prostitutionsverbot die Menschenwürde mißachtet

(AutorIn: J.Djuren - Erstveröffentlichung - graswurzelrevolution 391 - Münster, September 2014)

- *'Ich halte nichts von ihrer Art, Sexualität zu leben, und doch würde ich für ihre Freiheit, sie zu leben, kämpfen!'* Die Grundlage aller Freiheit ist die Freiheit körperlicher Selbstbestimmung. Alle anderen Freiheiten setzen diese Freiheit voraus. -

50 - DNA-Sammelwut stoppen!

(AutorIn: J.Djuren - Erstveröffentlichung - Flugblatt - Hannover, 2011)

- Kriminalisierung Unschuldiger durch falsch positive Treffer beim Abgleich von DNA Datenbanken, DNA-Spurenanalyse und DNA-Fingerabdruck. -

Kinderspitzel im Wandel der Zeit

Es ist falsch, wenn sich politische Debatten allein an der allgemeinen Medienaufmerksamkeit orientieren und nachdem Themen aus den Medien verschwunden sind, verstummen.

Denn dann werden die Dinge still durchgesetzt.

Und auf einmal ist es Alltag.

Wohin soll das führen?

Was lassen wir uns alles gefallen?

Am 30.06.2009 lief im SWR2 eine kurze Dokumentation *"Kinderspitzel für die Stasi"* von Hans-Otto Reintsch. Der Autor beschreibt seine eigene 'Täter'akte und seine jugendliche Realität als 15jähriger 1970 in der DDR. Die Absurdität des bürokratischen Vorgangs, der verdeckten Anwerbung eines IMK (IM-Kandidaten), eines 15jährig Ahnungslosen, die Beschreibung des pubertären jugendlichen Alltags im Stasi-Sprech des Anwerbers, geschnitten mit den Erinnerungen des heute Erwachsenen an seine Kindheit, bringt die abstruse gewaltsame Irrealität des bürokratisch totalitären Systems der DDR ans Licht. Eine Sendung (ca. 15 Min.), bei der es sich lohnt sie sich im Internet anzuhören.¹

Sie ist leider auch aktuell.

1 Kinderspitzel für die Stasi – SWR2, 30.06.09 -
http://www.podcast.de/episode/1277691/Kinderspitzel_f%C3%BCr_die_Stasi_&http://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/leben/-/id=4904204/property=download/nid=660174/128xzqkq/swr2-leben-20090630.pdf -

Nachdem noch 2007 die Familienministerin Ursula van der Leyen mit einer Gesetzesvorlage zu jugendlichen Testkäufern zur verdeckten Ermittlung der Abgabe von Zigaretten und Alkohol an Minderjährige am öffentlichen Widerstand gescheitert war,² ist dies inzwischen nicht einmal 3 Jahre später Alltag. Auf der offiziellen Netzseite der Region Hannover, dokumentieren die staatlichen Stellen zur Zeit stolz die laufenden Zahlen darüber, wie viele Kioske, Supermärkte, Läden usw. sie heute wieder (2010) mit Hilfe ihrer Kinderspitzel des illegalen Verkaufs von Spirituosen oder Computerspielen überführt haben.³

Die Region Hannover setzt 14jährige Jugendliche ein um durch verdeckte Kaufaktionen die Einhaltung der Verkaufsverbote für Alkoholika und PC-Spiele zu überwachen.⁴ Zuerst waren es nur Alkoholika und 16jährige Polizeischüler, inzwi-

2 Von der Leyen Gesetzentwurf. Kinderspitzel ja, aber erst ab 14 Jahren - Spiegel - Hamburg, 13. Oktober 2007 - <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,511631,00.html> -

& "Kinder-Spitzel". Von der Leyen sucht neue Wege für Kinder als Testkäufer - Spiegel - Hamburg, 15. Oktober 2007 -

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,511631,00.html> -

3 Jugendschutzkontrollen in Wunstorf, Sehnde und Wedemark - hannover.de, den 17. Februar 2010 -

http://www.hannover.de/de/buerger/pres_med/RH_pm-2010-02/pm048.html -

4 Testkäufe in der Wedemark: 14-Jährige erhält in neun von 14 Fällen Alkohol, trotz Vorwarnung - hannover.de, 23. Juni 2009 -

http://www.hannover.de/de/buerger/pres_med/RH_pm-2009/RH_pm-2009-06/pm288.html -

schen wurde die Aktion ausgeweitet auf PC-Spiele und es werden nun über Vertrauenspersonen 14jährig Jugendliche auch über andere Jugendstrukturen rekrutiert. Zuständig ist der 'Jugendschutz'. Stolz berichten die hannoverschen 'JugendschützerInnen' der Presse von ihren 'Erfolgen'.

Bei dieser Ausweitung wird es ausgehend von der Erfahrung mit anderen Überwachungsmaßnahmen nicht bleiben, wie in allen Bereichen der 'inneren Sicherheit' wird auch hier nach der Devise 'Der Zweck heiligt die Mittel' der Bereich der Ermittlungen immer weiter ausgedehnt werden. Da liegt das eigentliche Problem.

Was kommt als nächstes?

Kinderspitzen die ihr MitschülerInnen überwachen?

Außer der Widerstand wird zu groß?

Noch steckt dies in den Anfängen.

Niedersachsen war eins der ersten Bundesländer, das Kinder als verdeckte Ermittler eingesetzt hat, die Ausweitung findet schleichend statt.

Die Schweiz, die ja das perfektere Deutschland ist, ist da schon weiter und hat bereits eine bürokratisch korrekte Broschüre über die bürokratisch korrekte Anwerbung von Kinderspitzen und die Vergabe von Decknamen ins Netz gestellt.⁵ Im Verhältnis zur Stasirealität ist dies zwar alles noch harmlos (In den Archiven der Staatssicherheit befinden sich 40 For-

5 Alkohol-Testkäufe Ein Praxis-Handbuch für Kantone und NGOs - Villars-sur-Glâne im Mai 2009 - http://www.ferarihs.ch/downloads/dt_Handbuch.pdf -

schungsaufträge, die sich allein mit der "Gewinnung von Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren für die inoffizielle Zusammenarbeit" beschäftigen.), die Sprache der Bürokratie ist aber bereits die selbe.

In der chinesischen Stadt Kunming werden SchülerInnen bereits als 'InformantInnen' eingesetzt um ihre MitschülerInnen zu bespitzeln und z.B. zu melden, falls diese Pornofilme auf ihren Handies gespeichert haben.⁶

Die Opfer sind hier zu aller erst die Kinder, die zu Spitzeln gemacht werden und denen beigebracht wird, wie Blockwarte zu denken.

Wie werden diese Kinder zukünftig mit Gleichaltrigen umgehen, bei Regelverstößen?

Wie sollen sie noch lernen eine sinnvolle Grenze zu ziehen, zwischen Verhaltensweisen, bei denen ein Eingreifen richtig ist (z.B. Gewalt gegen andere Kinder/Jugendliche) und Verhaltensweisen, die zwar illegalisiert sind, aber bei denen kein Außenstehender geschädigt wird (z.B. Kiffen) und bei denen erst die 'Meldung' den Schaden erzeugt (z.B. einen Schulverweis)?

Statt Jugendlichen mit Suchtproblemen zu helfen, statt gesellschaftliche Lösungen für die Ursachen (z.B. Perspektivlosigkeit / steigenden Leistungsdruck / Arbeitslosigkeit / Geschlechterrollenverhalten / soziale Verelendung) zu suchen, wird das Problem als eins der Kriminalität 'behandelt'.

⁶ Schulfach Spionage - in: Die Zeit - Nr. 14 - Hamburg, 31.03.2010

Das größte Schwein im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.

Jörg Djuren, Hannover 2010

Olestina - Traumpaar der Neuen Rechten

Mit Ole Schröder und Kristina Schröder (Familiennamen Köhler) hat sich die Bundesregierung mit einer Art Traumpaar der Neuen Rechten ausgestattet. Demnächst werden sich jugendlichen Mitglieder der Jungen Union wohl statt Postern von Brangelina (Brad Pitt / Angelina Jolie) Poster von Olestina (Ole Schröder / Kristina Köhler) ins Zimmer hängen.

Erst Recht dann, falls sich die frisch verheiratete Familienministerin demnächst vielleicht für ein Kind entscheidet, ist ein massiver Publicityrummel zu erwarten.

Als Familienministerin ist Kristina Schröder zuständig für die bundespolitischen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus. In einer Analyse der Politik und Publikationen der neuen Familienministerin kommt die Bildungswerkstatt Anna Seghers in Wiesbaden zu dem Schluss, dass Kristina Schröder als Politikerin eine Scharnierfunktion zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus zukommt⁷, die Springer-Zeitung Welt bezeichnet Kristina Schröder als *"Auferstehung der Rechts-CDU im Armani-Kostüm"*.⁸ Bis vor einiger Zeit waren auf ihrer

7 Ein Garten voller Böcke -

<http://antinazi.files.wordpress.com/2009/11/ein-garten-voller-bocke.pdf> -

8 Auferstehung der Rechts-CDU im Armani-Kostüm - von Mariam Lau - Die Welt, 28. November 2009 -

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article5357914/Auferstehung-der-Rechts-CDU-im-Armani-Kostuem.html> -

Website noch die Junge Freiheit und das Blog Political Incorrect verlinkt. In beiden Medien wird auch gerne positiv auf die neue Familienministerin Bezug genommen. Ihre Position zum Islam als 'Islamexpertin' der CDU wird von islamophoben Blogs gerne aufgegriffen.⁹

Dadurch, dass sie mit einer großen Portion Doppelmoral eine Art Sonderanstrengung von MigrantInnen in der Übernahme der deutschen *"freiheitlichen Leitkultur"* verlangt,¹⁰ unter anderem ein Bekenntnis zur Trennung von Kirche und Staat und ein Bekenntnis zur Nichtdiskriminierung Homosexueller, und sie gleichzeitig die Probleme der Integration primär bei den integrationsunwilligen MigrantInnen und ihrer Kultur verortet, schafft sie Anknüpfungspunkte zu kulturalistisch argumentierenden Neuen Rechten.¹¹ Besonders absurd wird das, wenn mensch weiß, dass sie selbst Mitglied der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) ist, einer Organisation die praktizierte Homosexualität als Sünde ansieht und von Christen erwartet, dass sie versuchen dem Ausleben

9 "Hoffungsstrahl" für die Rechten - von Hans Christoph Stoodt und Peter Kleinert – NRhZ, 30.11.2009 - <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=14540>

10 Nach Sarrazins Türken-Schelte: Was ist noch Klartext, was ist schon Vorurteil? – Hart aber fair, Sendung vom 07.10.2009 - <http://www.wdr.de/tv/hartaberfair/sendungen/2009/20091007.ph> p5 -

11 Rede im Plenum, 28.09.2006 - <http://www.kristinaschroeder.de/bundestag/reden/2006/rede-im-plenum-12/> - Würde sie ihre Mitgläubigen der SELK daran messen, müssten wohl so einige ausgebürgert werden.

homosexueller Neigungen zu widerstehen.¹² In der SELK können Frauen bisher auch nicht Pfarrerin werden, dies ist Männern vorbehalten.¹³ Offensichtlich hält sie es aber nicht für nötig an eine evangelische Organisation, in der sie Mitglied ist, die selben menschenrechtlichen Anforderungen zu stellen, wie an islamische Organisationen.

Der Ökumenereferent der SELK Gert Kelter äußerte übrigens auch Verständnis für das Minarettverbot in der Schweiz und warnte in diesem Zusammenhang vor der Gefahr der schleichenden Islamisierung Europas.¹⁴

Öffentlich hervorgetreten ist sie vor allem durch ihr Engagement gegen die zunehmende "*deutschenfeindliche*" Gewalt von Ausländern in Deutschland¹⁵ und die Betonung, das die

12 Lutherische Orientierung, Sexualität im Leben eines Christen .. eine Orientierungshilfe – SELK - http://www.selk.de/download/Lutherische_Orientierung2.pdf -

13 http://de.wikipedia.org/wiki/Selbst%C3%A4ndige_Evangelisch-Lutherische_Kirche - (Stand 15.03.2010) Kristina Köhler leitet auch das im Familienministerium aufgegangene Frauenministerium.

14 SELK weist Kritik am Minarettverbot zurück – Junge Freiheit, Mittwoch 13.01.2010 - <http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display.154+M507f9ba0f9c.0.html> -

15 Kristina Köhler und die "Deutschenfeindlichkeit" - Panorama vom 24. Januar 2008 - <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2008/erste10446.html> - & Türkische Gemeinde schürt deutschenfeindlichen Rassismus/ SPD muss Blockade bei Extremismusbekämpfung aufgeben - Pressemitteilung von: MdB Köhler. 11.01.2008 - <http://www.openpr.de/pdf/181304/Tuerkische-Gemeinde-schuert-deutschenfeindlichen-Rassismus-SPD-muss-Blockade-bei-Extremismusbekaempfung-aufgeben.pdf> -

eigentliche Gefahr vom islamischen und vom linken Extremismus ausgeht.¹⁶ Als Anhängerin der beiden 'Extremismusforscher' Uwe Backes und Eckehard Jesse betreibt sie die systematische Verharmlosung rechtsradikaler Gewalt. Für Rechtsextremisten fordert sie (Re)Integrationskurse.¹⁷ Die Gelder zur Bekämpfung des Rechtsextremismus will sie zum Teil zum Kampf gegen Linksextremismus und Islamismus umleiten.¹⁸ Unter Linksextremismus fallen dabei aus ihrer Sicht auch große Teile der AntiFa, da sie den Faschismus als Folge des Kapitalismus analysieren.¹⁹ Sie instrumentalisiert für ihre Verharmlosungspolitik gegenüber rechtsradikaler Gewalt auch gerne den Kampf gegen Antisemitismus, denn für Kristina Köhler liegt das eigentliche Problem beim Antise-

16 Ran an den Feind - von Felix Krautkrämer – Junge Freiheit, Mittwoch 02.12.2009 - <http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display.154+M54b9645ccc8.0.html>

17 Integrationskurse für Rechtsextremisten - kristinaschroeder.de , Reden 30.08.2007 - <http://www.kristinaschroeder.de/bundestag/reden/2007/integrationskurse-fuer-rechtse/> -

18 Wissenschaftler-Schelte, "Schwarz-Gelb denkt wie im Kalten Krieg" - von Volker Schmidt – frankfurter Rundschau - http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/2072497_Wissenschaftler-Schelte-Schwarz-Gelb-denkt-wie-im-Kalten-Krieg.html -

19 Kristina Köhler beim Bürgertreff im Stadl zum Thema Linksextremismus - kristinaschroeder.de, 16.11.2008 - <http://www.kristinaschroeder.de/wiesbaden/unterwegs/2008/kristina-koehler-beim-buergert/> -

mitismus der Linken und des Islam.²⁰ Hier trifft sie sich mit Henryk M. Broder, den sie auch schon als Experten zu einer Anhörung des Innenausschusses des Bundestages einladen ließ.²¹ Gerne kämpft sie auch gegen die linksradikalen Tendenzen in der SPD, "die Geister, die die Bundes-SPD mit ihrem Linksruck" gerufen habe, hätten bei den Jusos schon die Macht übernommen.²²

Als weitere Ziele dieser begabten Nachwuchspolitikerin lassen sich; Mehr Druck auf Arbeitslose, Lockerung des Kündigungsschutzes, eine neue Volkszählung und die Aufgabe des Datenschutzes zugunsten der 'Terrorbekämpfung', nennen.

Dabei ergänzt sie sich fast optimal mit ihrem Ehemann Ole Schröder, der am 31.10.2009 als Staatssekretär im Bundesinnenministerium vereidigt wurde und seit Oktober 2002 Bundestagsabgeordneter der CDU ist.

20 Uhl/Köhler: Linke kein Partner im Kampf gegen Antisemitismus -
presseportal.de, 22.10.2008 -
http://www.presseportal.de/pm/7846/1287040/cdu_csu_bundestagsfraktion -

21 Politikbrief 07/2008 - kristinaschroeder.de, 01.07.2008 - -
<http://www.kristinaschroeder.de/aktuell/politikbrief/2008/> -

22 CDU-Politikerin: Jusos haben demokratischen Konsens verlassen –
Junge Freiheit, Dienstag 02.06.2009 -
<http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display.154+M52bd40f9ed0.0.html> -

Ole Schröder tritt als Innenstaatssekretär für Modelle der zirkulären Migration ein²³, das ist Neusprech für die zeitweise Ausbeutung nichtdeutscher Arbeitskräfte und ihre Abschiebung im Falle, dass sie ihre Brauchbarkeit verlieren. Auf diese Weise lässt sich der ausländerInnenfeindliche Populismus passend mit dem neoliberalen Wirtschaftsmodell verknüpfen. Im Kontext des G8-Gipfels in Deutschland forderte er den Einsatz der GSG 9 gegen DemonstrantInnen.²⁴ Als innenpolitischer Experte wies er sich ansonsten auch durch die Forderung aus, härter gegen Graffitykriminelle vorzugehen.²⁵

Ole Schröder wurde außerdem laut Website von White & Case, Stand 01.12.2009, noch zu diesem Zeitpunkt als Associate dieser internationalen Anwaltssozietät genannt. Also zu einem Zeitpunkt, zu dem er bereits Staatssekretär war und explizit mit dem Hinweis auf seine Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter.²⁶ Seine Tätigkeitsschwerpunkte dort lagen nach Angaben auf der Website im Bereich der Umstrukturie-

23 Kluft zwischen den Werten - von R. Preuß und J. A. Heyer –
Süddeutsche, 19.11.2009 -
<http://www.sueddeutsche.de/politik/628/494959/text/> -

24 Einsatz der GSG 9 gegen Randalierer gefordert – Süddeutsche,
05.06.2007 -
<http://www.sueddeutsche.de/politik/849/395637/text/> -

25 Quickborner CDU entsetzt über Schmierereien - Pressemitteilung vom
02.08.05 – CDU Stadtverband Quickborn - <http://www.cdu-quickborn.de/Presse/Presse%20A%202005.htm> -

26 Diese Information wurde von mir am 15.3.2010 dort nicht mehr
aufgefunden. Zum aktuellen Verhältnis kann ich also keine Auskunft
geben.

zung Öffentlicher Aufgaben (Public Private Partnership - PPP) und im Vergaberecht. Schröder ist auch seit 2005 der Kreisvorsitzende der CDU Pinneberg. Die internationale Anwaltssozietät White & Case LLP hat den Kreis Pinneberg bei dem PPP-Projekt "*Neues Kreishaus*" umfassend beraten. Das Projekt wird als PPP-Projekt umgesetzt und hat ein Volumen von deutlich mehr als 50 Millionen Euro, laut Pressemitteilung von White & Case vom 11.8.2008.²⁷

Ole Schröder ist auch auf Bundesebene aktiv an Gesetzgebungsverfahren beteiligt, die die Bedingung für die **privaten** Kontraktpartner bei PPP-Projekten 'verbessern' sollen. Außerdem will er PPP-Projekte als eine Standardfinanzierungsmethode durchsetzen.²⁸

Wer da an Korruption denkt, muss schon böswillig sein. Ähnlich böswillig wohl, wie der Autor Werner Rügemer, der in seinem Buch "*Heuschrecken*" im Öffentlichen Raum. *Public Private Partnership - Anatomie eines globalen Finanzinstru-*

27 White & Case berät Kreis Pinneberg bei PPP-Projekt "Neues Kreishaus" – Pressemitteilung, 11. August 2008 - <http://www.whitecase.com/de/white--case-berat-kreis-pinneberg-bei-ppp-projekt-neues-kreishaus-08-11-2008/> -

28 Rahmenbedingungen für ÖPP müssen weiter verbessert werden - Dr. Ole Schröder - Rede zu Öffentlich Privaten Partnerschaften - 15.) Beratung Antrag CDU/CSU, SPD, Faire Wettbewerbsbedingungen für Öffentlich Private Partnerschaften schaffen - Drs 16/12283 -19.03.2009 - http://www.cduscu.de/Titel_rede_rahmenbedingungen_fuer_oep_p_muessen_weiter_verbessert_werden/TabID_1/SubTabID_2/InhaltTypID_2/InhaltID_12543/Inhalte.aspx -

ments"²⁹ das Instrument der Public Private Partnership als Bereicherungsinstrument bei Inkaufnahme der Zerstörung der Demokratie beschreibt.³⁰

Kristina Schröder und Ole Schröder sind typische Beispiele Neuer Rechter vom rechten Rand der CDU, die im Auftreten nicht mehr gleich als solche zu erkennen sind. Sie verstehen es rechte Ideologie und Menschenverachtung jung und modern weiß gewaschen den Leuten als Fortschritt zu verkaufen.

Jörg Djuren, Hannover 2010

29 "Heuschrecken" im Öffentlichen Raum. Public Private Partnership - Anatomie eines globalen Finanzinstruments - Werner Rügemer - transcript Verlag, 2008 - <http://www.transcript-verlag.de/ts851/ts851.php> -

30 PPP-Public Private Partnership oder Privat macht Public Pleite? - Thomas Barth – telepolis, 16.06.2008 - <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/28/28125/1.html> -

Die Privatisierung des Internet, Web 2.0, proprietäre Software & Politische Zensur

Stell Dir vor Deine Telefongesellschaft bietet Dir ab sofort an, umsonst zu telefonieren, dafür schneidet sie dann aber alle Deine Verbindungsdaten mit, wertet sie teils auch inhaltlich aus und verkauft sie an Werbeagenturen und läßt zu das Geheimdienste und andere Interessierte sie nutzen. Außerdem nimmt Deine Telefongesellschaft sich das Recht heraus, Deine Gespräche zu zensieren. Falls Du nach ihrer Meinung inadéquates äüßerst, wird Dein Gespräch durch ein TUUUT unterbrochen, z.B. falls Du das f-Word (fuck) benutzt. Einspruchsrechte hast Du praktisch keine, die mußst Du vorher alle abtreten.

Würdest Du Dich darauf einlassen?

Oder nehmen wir an Du kaufst Dir einen neues TV-Gerät. Empfangen kannst Du mit dem Gerät bequem nur noch die Sender eines Konzerns, alle anderen Sender sind nur mit komplizierten Umwegen erreichbar.

Machst Du das?

Dies ist aber bildlich das, was zur Zeit im Umfeld von neuen Internetnutzungen (Web 2.0) und neuen internetnahen Produkten (Apple) passiert.

Facebook weiß, was Du letzten Sommer getan hast³¹

Die bekanntesten Web 2.0.-Technologien (Facebook, StudiVZ u.a.) basieren darauf, dass sie im Internet einen zweiten abgeschotteten Bereich öffnen in dem die Regeln vom Betreiber festgelegt und gleichzeitig Möglichkeiten der Interaktion der NutzerInnen organisiert werden. Diese Bereiche sind Privatbesitz, daß heißt die Mitglieder halten sich hier nicht in einem öffentlichen Raum auf (im Gegensatz zum Internet in dem die allgemeine Gesetzeslage gilt). Alle Regeln, die hier gelten, können praktisch beliebig von Facebook u.a. nach dem Recht der Vertragsfreiheit in den Nutzungsvereinbarungen festgelegt werden. Ziel der Betreiber ist dabei möglichst viele NutzerInnen an sich zu binden und Monopolstrukturen durchzusetzen und mit den gewonnenen Informationen Geld zu verdienen. Gerade im Bereich 'sozialer' Netzwerke ist dabei die Gefahr der Herausbildung eines Monopols hoch, da hier die Menge der NutzerInnen einen wesentlichen Teil der Attraktivität für weitere NutzerInnen ausmacht. Zwar ist die Teilnahme freiwillig, gerade für Jugendliche beinhaltet aber die Verweigerung eine massives Risiko sozialer Ausgrenzung. Aus Mangel an Alternativen gewinnen so zur Zeit wenige Konzerne eine massive Macht über das soziale und kommunikative Verhalten der Menschen. Die

31 Ich weiß, was du letzten Sommer getan hast ist ein US-amerikanischer Horrorfilm und der erste Teil einer Trilogie aus dem Jahre 1997 - http://de.wikipedia.org/wiki/Ich_wei%C3%9F,_was_du_letzten_Sommer_getan_hast -

Regeln werden von den Konzernen nach kommerziellen Interessenlagen und politischer Ausrichtung der Besitzer festgelegt. Die NutzerInnen haben nur sehr bedingt Einfluß.

Ihre Daten dienen dem 'Datamining' für zielgruppenspezifische Werbung, werden von Arbeitgebern und Geheimdiensten ausgewertet und auch eine Zensur findet statt.

So erlaubte Facebook einem Nutzer nicht, auf eine Seite des Dienstes queer.de zu verlinken, die dokumentiert, wie der Papst gegen die Homoehe hetzt. Er versuchte, in seinen Mitteilungen an seine eigenen Facebook-Freunde einen Link auf die Seite 'Papst nennt Homo-Ehe "Anschlag" auf Schöpfung' anzulegen und bekam die Meldung: "This Message contains blocked content" Es gab keine Möglichkeit, diese Zensur zu umgehen und seine Freunde auf den Link hinzuweisen.³²

Auch persönliche Nachrichten werden von Facebook auf 'unerwünschte Inhalte' gescannt. Persönliche Nachrichten, die Links zur Pirate-Bay enthielten, wurden abgefangen. Facebooks Privatssphäre-Chef Chris Kelly sah sich im Recht, Nachrichten auf Basis darin enthaltener Links zu blockieren. Schließlich weist Facebook seine Nutzer explizit darauf hin, dass das "Verbreiten von Spam und illegalen Inhalten" verboten sei. Ob die Nachrichten auch etwa auf Hinweise zu illegalem Drogenkonsum gescannt werden, wollte Facebook auf

32 Freiheit stirbt mit Sicherheit! - Mittwoch, 13. Januar 2010 - <http://direkteaktion.over-blog.de/article-facebook-zensiert-eine-deutsche-schwulenseite-42878069.html> -

Anfrage (von Wired) nicht kommentieren.³³ Auch Scanns auf Raubkopien sind denkbar.

Dabei steht Facebook hier nur als Beispiel, auch andere Konzerne unterscheiden sich in diesen Punkten von Facebook nur marginal. Durch die Vermischung von Netzbetrieb und inhaltlichem Angebot wird letztendlich die Grundlage der Meinungsfreiheit außer Kraft gesetzt. Die Web 2.0 Bereiche sind halt gerade KEINE öffentlichen Orte, sondern sie stehen größten Teils unter Kotrolle von Konzernen als Privatbesitz, die ein kommerzielles und politisches Interesse haben bestimmte Inhalte zu unterdrücken (z.B. auch Informationen über Konkurrenzprodukte) und die Kommunikation zu steuern und dies auch tun.

Und das Problem ist auch nicht auf die Web2.0-Technologien einschränkbar, auch Google und Apple werden zunehmend zu einer Gefahr für die Freiheit der NutzerInnen. Auch bei diesen Konzernen besteht der Wille bestimmte Bereiche des Internet bzw. der Anwendungen im Umfeld unter Kontrolle ihres Monopols zu bekommen oder zu halten.

I-Pod, I-Pad, I-Zensor

33 Facebook's E-mail Censorship is Legally Dubious, Experts Say – Wired, May 6, 2009 by Ryan Singel - <http://www.wired.com/epicenter/2009/05/facebooks-e-mail-censorship-is-legally-dubious-experts-say/> -

Die neuen Apple-Angebote basieren auf der Verknüpfung von Abspielgeräten mit dem inhaltlichen Angebot (z.B. proprietärer Software - Apps -). Und auch Apple strebt ein Monopol an und kontrolliert die Inhalte um den Profit zu maximieren. Auch Apple übt politische Zensur aus. So wurde ein religionskritisches App für das I-Phone von Apple verboten, da es Apple zu blasphemisch erschien,³⁴ außerdem wurde eine Programm verboten, mit dem Bücher vom deutschen Gutenberg-Projekt (einem nichtkommerziellen hochangesehenen Projekt, dass Klassiker der Weltliteratur im Netz verfügbar macht) lesbar wurden, da Apple diese Weltliteratur moralisch als zu anrühlich vorkam (insbesondere das Kamasutra). Dies wurde zwar inzwischen zurückgenommen, aber nur weil das Kamasutra nicht zum Standardpaket des Readers gehörte.³⁵ Auch andere Bücher, die als Apps angeboten wurden, wurden von Apple zensiert.³⁶ In China wurde von Apple Apps entfernt, die Zitate des Dalai Lama zugänglich machten.³⁷ Ob Apple diese Zensurpolitik auf den I-Pad übertragen will ist nicht klar, die

34 Aufstand gegen Apples App-Zensur – Spiegel, 23.02.2010 - von Matthias Gebauer und Frank Patalong - <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,679750,00.html> -

35 Apple zensiert Apps mit nackter Haut, sogar Bikini-Fotos – von Jason D. O'Grady, Jan Kaden – zdnet, 22.02.10 –

& Abgelehnte E-Book-Reader fürs iPhone darf jetzt doch in den App Store – von Steven Musil, Florian Kalenda – zdnet, 25.05.09
http://www.zdnet.de/news/wirtschaft_investition_software_abgel_ehnter_e_book_reader_fuers_iphone_darf_jetzt_doch_in_den_app_store_story-39001022-41004459-1.htm-

36 Censoring books? - by Elisabeth Oppenheimer - futureoftheinternet.org, February 24th, 2009 - <http://futureoftheinternet.org/censoring-books> -

Möglichkeit besteht aber rechtlich jeder Zeit, da es sich auch hier um einen privatrechtlichen Rahmen handelt. Und auch hier sind die Alternativen denkbar dünn.

Die Entwicklung, die das Internet mit technischem Umfeld zur Zeit mit Facebook, Apple, Google & Co. nimmt, ist aber nicht alternativlos. Vergleichbar dem politischen Kampf für dezentrale Energieversorgung und -netze ist es überfällig die Auseinandersetzungen auch im Internet aufzunehmen.

Was wir brauchen sind auch im Internet basisdemokratisch bestimmte dezentrale Netzwerke die kooperativ zusammenarbeiten statt monopolistischer Konzerne und außerdem eine basisdemokratische und selbstbestimmten Technologieweiterentwicklung. Möglich ist dies, Ausgangspunkte könnten Projekte wie die Suchmaschine YACI oder das Helloworld-Network sein.³⁸

Jörg Djuren, 2010

37 Apple censors Dalai Lama iPhone apps in China – CIO, 30.12.2009 - http://www.cio.de/news/cio_worldnews/2219101/ -

38 Yaci ist eine Suchmaschine in der Entwicklung die dezentral funktioniert z.B. - <http://yacy-websearch.net/wiki/index.php/De%3AStart> - Das Helloworld-Network ist ein Beispiel für den Ansatz der Entwicklung eines dezentral organisierten 'sozialen' Netzwerks - <http://www.helloworld-network.org/de/> - Solche Ansätze gilt es zu unterstützen und politisch kritisch zu begleiten.

Erinnerungswürdig!

Die "Erfolge" der rot-grünen Bundesregierung 1998 - 2005

Helmut Kohl und die CDU/CSU/FDP hatten, als sie 1982 die Bundesregierung übernahmen, eine "geistig-moralische Wende" versprochen. Gegen Ende ihrer Regierungszeit wurde allgemein die Bilanz gezogen, davon sei nicht viel übrig geblieben, die Regierung konnte ihre Pläne größtenteils gegen den gesellschaftlichen Widerstand und unvorhergesehene Ereignisse nicht durchsetzen. Aber die "geistig- moralische Wende" fand in einer neoliberal modernisierten Fassung dann doch noch statt: Unter der rot-grünen Bundesregierung.

Rot-Grün gelang es, die sozialen Bewegungen zu neutralisieren, die für die Kohl-Regierung der Jahre 1982 - 1998 ein unüberwindliches Hindernis gewesen waren.

Diese verhielten sich nun ruhig, schließlich waren die Grünen für viele aus diesen Bewegungen doch "ihre" Partei, und dies war "ihre Regierung", die "Reformregierung", das "rot-grüne Projekt" all derer, die sich nun gezwungen sahen, ihr Leben und alles als "Projekt" zu verstehen in einem gewendeten neoliberalen Sinn.

Auch die Gewerkschaften waren personell soweit mit der SPD verbunden, dass sie zum Widerstand unfähig waren, als wesentliche soziale Errungenschaften abgeräumt wurden.

Diese Abläufe, die von vielen heute verdrängt worden sind, wenn wieder einmal Rot-Grün als vermeintliche Alternative gehandelt wird, gilt es bewusst zu machen.

Die Politiker, die 1998 als Symbolfiguren gegen die Regierung Kohl antraten, waren Gerhard Schröder, Oskar Lafontaine, Joseph Fischer und Jürgen Trittin.

Schröder galt als Populist, Lafontaine als linker Reformer. Fischer und Trittin hatten die Grünen auf getrennten Wegen auf den autoritären Machtkurs getrimmt und alle wesentlichen demokratischen Innovationen bereits in den späten 80ern und frühen 90ern geschliffen und für eine weitgehende Ausschaltung der innerparteilichen Basisdemokratie gesorgt (z.B. Abschaffung der imperativen Mandate und der Abgeordnetenrotation). Beide entstammten den machtbewusst-autoritären Flügeln der Linken (Fischer war Führer der "Putztruppe", einer machistischen Frankfurter-Sponti-Szene; Trittin war politisch sozialisiert durch den Kommunistischen Bund).

Trotzdem und teilweise auch in der Erwartung, dass ein Populist wie Gerhard Schröder sich kaum gegen die eigene WählerInnenbasis wenden würde, nahm ich die Cassandra-rolle eines befreundeten Anarchisten vor der Bundestagswahl 1998 nicht wirklich ernst.

GWR-Mitherausgeber Johann Bauer warnte davor, dass nicht wenige politische Maßnahmen, die in der Bundesrepublik den Widerstand von sozialen Bewegungen und Bürgerrechtlern angefacht hatten von 'linken' Regierungen gemacht worden waren.

Er verwies auf die Erfahrung der 70er Jahre mit ihren Berufsverboten und dem Abbau von Freiheitsrechten ("Anti-Terror-Gesetze"), einer Rüstungspolitik, die von schneidigen und bis heute in den einschlägigen Kreisen hoch geehrten SPD-Verteidigungsministern wie Schmidt und Leber (früher IG Bau Funktionär) vollzogen wurde, dem Atomprogramm und einer Verkehrspolitik, deren Ziel es war, dass niemand in der BRD weiter als 10 Kilometer von der nächsten Autobahnauffahrt entfernt leben sollte.

Meine eigenen Erwartungen als Anarchist waren damals, dass es keine grundlegenden Änderungen geben ("Wahlen ändern nichts"), aber vielleicht an einigen Punkten die Politik etwas moderater werden würde, schon aus Rücksicht auf die WählerInnen.

Vorab

Auch die schlimmsten Erwartungen Johann Bauers wurden von der rot-grünen Bundesregierung der Jahre 1998 bis 2005 noch übertroffen. SPD und Grüne haben es in dieser Zeit tatsächlich geschafft, den Stillstand der Ära Kohl zu überwinden und die gesamte Gesellschaft weit nach rechts Richtung Militarismus, Antisozialität, struktureller Korruption und Bereicherung zu verschieben.

Hier nur ein kurze Aufzählung einiger der übelsten Punkte. Eine Aufzählung aller Schweinereien würde den Rahmen dieser GWR sprengen.

Deutsche Stiefelritte für alle Welt

Im Wahlkampf 1998 trat Joschka Fischer als gesetzter Vizekanzler und Kandidat für das Außenministerium gegen Volker Rühe (CDU) an. Im TV-Duell strich er als zentralen Unterschied zwischen seiner Position und der von Rühe heraus, dass die Grünen nie einem Militäreinsatz in Jugoslawien ohne UN-Mandat zustimmen würden.

Wenige Monate später war Fischer als Außenminister einer der militaristischen Einpeitscher, der den NATO-Angriffskrieg ohne UN-Mandat gegen Jugoslawien (Frühjahr 1999) rechtfertigte und offensiv bewarb.

Von vielen JuristInnen wurde der Krieg als völkerrechtswidrig eingestuft. Gerechtfertigt wurde er mit dem Schutz der albanisch stämmigen Bevölkerung vor Vertreibung und Vergewaltigung. Eine reale Gewalt, die aber mit gewaltfreien Mitteln hätte bekämpft werden müssen, was mit entsprechendem Einsatz auch möglich gewesen wäre.

Die Folge des NATO-Krieges war die Vertreibung von Hunderttausenden nicht albanisch stämmigen BewohnerInnen des Kosovo, die Ermordung unliebsamer oppositioneller KosovarInnen, die sich nicht der mafiösen, von autoritären Warlords geführten UCK unterordnen wollten, die Einrichtung des Kosovo zu einem Zentrum der Zwangsprostitution und des Frauen-, Menschen- und Organhandels mit Abertausenden von Opfern.

Ich verweise hier als Quelle z.B. auf die Untersuchungen zur Zwangsprostitution im Kosovo von Amnesty International und die Untersuchungen der EU zum Organhandel.

Durch den Militäreinsatz wurden ähnlich viele Menschen Opfer von Gewalt und Vergewaltigung durch die UCK und die Eingreiftruppen, wie vorher durch die serbischen Einheiten, nur wurde die Gewalt auf andere Bevölkerungsgruppen verschoben (z.B. Sinti- und Roma). Auch die Bundesrepublik sah hier als 'Schutzmacht' tatenlos zu. Bis heute wird das Kosovo praktisch von der Organisierten Kriminalität regiert. Es gibt außer den Diensten für internationale Organisationen im Land auch kaum andere Einkommensquellen.(1) Joschka Fischer ist ein Lügner und Wahlbetrüger.

In Deutschland werden die Folgen der Intervention aber bis heute schön geredet.

Dabei ging es SPD und Grünen darum, Deutschland wieder kriegstauglich zu schießen, etwas das sich die Regierung Kohl nicht getraut hatte. Seine Fortsetzung fand dies mit der deutschen Beteiligung am Afghanistankrieg 2001, die Kriegsminister Peter Struck wie folgt rechtfertigte: "Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt".

Die Militarisierung konnte aber nur begrenzt in der Bevölkerung verankert werden. Im Gegensatz zu ihrer Politik in anderen Bereichen gelang es der rot-grünen Bundesregierung nicht, den Militarismus in der Gesellschaft durchzusetzen.

Deshalb sah Schröder sich im Vorfeld des Irakkriegs 2002 im Wahlkampf gezwungen, öffentlich zurück zu rudern und den

Irak-Krieg zu verurteilen, trotzdem ließ er den BND Ziele für das US-Bombardement ausspähen, wie spätere Zeitungsberichte aufdeckten.(2)

Es ist ein "Erfolg" der Grünen und der SPD, dass Deutsche heute getragen von einer breiten Koalition im Bundestag wieder in aller Welt mitmorden.

Verelendung und Hetze gegen sozial Schwache, damit wenige noch reicher werden

Es war die rot-grüne Bundesregierung, die Hartz IV und die Zerschlagung wesentlicher Teile des Sozialstaates durchsetzte. Der Kern der rot-grünen Hartz-IV-Politik war und ist menschenverachtend.

Die Folge war vor allem für die unteren Lohngruppen ein Lohndumping, das zur massiven Absenkung der Realeinkommen führte, zur massiven Zunahme von Leiharbeit, und prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Für Arbeitslose führte diese Politik in die soziale Präkarisierung, mit der Folge, dass heute in Deutschland wieder Menschen Hunger leiden und auf Almosen angewiesen sind (Tafeln). Gleichzeitig wurden orwellsche Sprachregelungen durchgesetzt: Arbeitslose als KundInnen, ICH-AGs, "Fordern und Fördern", usw.

Hartz IV stand nicht allein, es war Teil eines Paketes von Maßnahmen die Reichen und Superreichen noch reicher zu

machen, auf Kosten des Rests der Bevölkerung und der weiteren Schwächung von ArbeitnehmerInnenrechten.

Zu Hartz IV gehört z.B. auch die weitere Stärkung des MdK (Medizinischer Dienst der Krankenkassen) als Instanz zur technokratischen Drangsalierung Kranker, um ihnen notwendige Behandlungen vorzuenthalten und den Krankenkassen Geld zu sparen. Dazu gehört eine zur Hartz IV-Einführung parallele Steuerreform durch Rot-Grün, die den Spitzensteuersatz von 53% auf 42% herabgesetzt hat und gleichzeitig weitere Gesetze, die viele Möglichkeiten der legalen Steuerhinterziehung für Reiche und Unternehmen eröffnet haben. Dazu gehören Finanzmarkttransaktionsgesetze, auf die ich unten noch eingehe.

Zentral ist aber der Stimmungswandel, den in diesem Fall die Bundesregierung in breiten Teilen der Gesellschaft durchgesetzt hat. Da Arbeitslosigkeit sehr viele betraf, die sich das lange gar nicht vorstellen konnten, ging die Angst vor dem sozialen Abstieg um. Und diese Angst führt zu Abgrenzungen nach "unten", zur weiteren Entsolidarisierung in den Betrieben, zu Versuchen, die eigene "Zugehörigkeit" auf Kosten der Ausgegrenzten zu behaupten, zur Angst in den Verteilungskämpfen "zu kurz zu kommen".

Seit dieser Zeit ist in der Gesellschaft die Verachtung von Armen, ihre Drangsalierung und Stigmatisierung zum Konsens geworden.

Durchgesetzt wurde dies von Rot-Grün in Eintracht mit den Hetzblättern u.a. der Springerpresse und mit Unterstützung der politischen Opposition von CDU und FDP.

Durchgesetzt wurde eine Mobilmachung nach innen. Gegen Ende der Koalition war sie verbunden mit deutschnationalen Tönen, einer Renationalisierung und verstärktem nationalistischen Standortchauvinismus, der bis heute auf breiter gesellschaftlicher Basis Früchte trägt (siehe Hetze gegen Griechenland und andere "Südländer").

Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering spitzte dies 2006 kurz nach dem Wahldebakel 2005 populistisch noch weiter zu, in der Hoffnung im selbst angerührten trüben Wasser WählerInnen zu fischen: "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen". Bezogen war dies nicht auf die Banker und Superreichen, sondern auf Arbeitslose.

Wenn heute Obdachlose zu Tode getrampelt werden, dann hat die rot-grüne Bundesregierung der Jahre 1998 bis 2005 wesentlich zur Normalisierung des Hasses auf sozial Schwächere beigetragen und trägt nicht unwesentlich die Verantwortung. Ein weiterer "Erfolg" von Rot-Grün.

Technokratische Phantasmen und Überwachungsstaat

Nur wenigen ist bewusst, dass die Planungen zur elektronischen Krankenkassenkarte, zum elektronischen Personalaus-

weis und ELENA (der elektronischen Erfassung der Beschäftigungsdaten) usw. den technokratischen Phantasien der rot-grünen Bundesregierung der Jahre 1998 bis 2005 entsprungen sind.

Geplant war die Durchsetzung einer allgemeinen ID-Card Strategie, die auf höchster Ebene von den Koalitionspartnern beschlossen wurde. Beabsichtigt war, nach kurzfristiger Umstellung der Krankenkassendaten und Krankendaten, der Einkommens-, Sozialversicherungs-, Steuerdaten usw. auf elektronische Systeme, alle Daten über eine personalisierte ID-Card zusammenzuführen, die außerdem für das Bankkonto, Zahlungen im Supermarkt, Telefonieren usw. genutzt werden sollte.

"Das Bundeskabinett hat eine neue eCard-Strategie beschlossen. Die elektronische Gesundheitskarte mit digitaler Signatur und lebenslang gültiger Versicherungs-ID soll auch als digitaler Personalausweis und als Signaturkarte für das e-Government, etwa für Steuererklärungen zum Einsatz kommen. Die einheitliche eCard-Strategie wird vom Wirtschafts-, Innen-, Gesundheits- und Finanzministerium unterstützt und soll in Deutschland flächendeckend zum Einsatz kommen.

Elektronische Chipkarten sind die Ausweise und Füllfederhalter des 21. Jahrhunderts', stellte Wirtschaftsminister Wolfgang Clement fest. Sein Kollege Schily freute sich, dass die Identifizierbarkeit des Nutzers und die elektronische Signatur vereinheitlicht werden und dass die Technologie somit mehr Sicherheit und Verlässlichkeit schaffe. Gesundheitsministerin Schmidt zeigte sich stolz darauf,

dass die Gesundheitskarte die Pionierarbeit für die anderen Funktionen übernehmen darf."(3)

Ausgangspunkt war eine Mischung aus technokratischer Fortschrittsgläubigkeit und der Unfähigkeit zur kritischen Reflektion des totalitären Potentials, das jedem Staat innewohnt.

Die Überwachungsgefahren wurden bagatellisiert bzw. es wurde davon ausgegangen, dass ein demokratischer Staat zu verantwortlichem Umgang mit diesen Daten fähig wäre.

Und das, obwohl bereits heute der Staat Menschen die Verbeamtung verweigert, z.B. weil sie eine (geheilte) Krebserkrankung hatten.

Geplant war eine elektronische Totalerfassung aller BürgerInnen. Die einzige Forderung, die auf Widerstand stieß, war, die Karte auch verpflichtend als Login im Internet zu etablieren (das wäre sicher aber auch früher oder später umgesetzt worden).

Zumindest teilweise gescheitert ist dieser totalitäre Wahnsinn bisher, nach Abwahl von Rot-Grün, am Widerstand der BürgerInnen und technischen Umsetzungsproblemen. Außerdem führten interne Streitereien der Koalitionsparteien FDP und CDU dazu, dass die Umsetzung der Gesundheitskarte sich verzögert hat.

Dass Grüne heute noch so tun, als wäre Datenschutz eines ihrer Anliegen, ist lächerlich.

Diese technokratischen Beglückungsphantasien setzen sich übrigens mit der von SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück aktuell für das Feld neuer Technologien in seinem Kompetenzteam

benannten Gesche Joost fort, die am liebsten noch jedes Kleidungsstück in die Cloud integrieren möchte und die Menschen dauerhaft und total mit ihr vernetzen will.

Gespeichert wird dann kontinuierlich nicht nur alles, was wir sagen, was wir tun, wo wir uns aufhalten, sondern auch unsere Körpertemperatur, Herzfrequenz usw.

Parallel wurden bürgerrechtliche Schutzbestimmungen auch unter Rot-Grün weiter aufgeweicht. Erinnert sei hier u.a. an den "Otto-Katalog", die Gesetze, die vom Innenminister der rot-grünen Bundesregierung Otto Schily durchgesetzt wurden, sog. Anti-Terror-Gesetze, die Ausweitung der Befugnisse von Polizei und Geheimdiensten, Diskriminierung von MigrantInnen und Einführung des biometrischen Passes. Auch dies alles "Erfolge" von Rot-Grün.

Der derzeitige Bundestagswahlkampf von SPD und Grünen besteht in fast allen Punkten in einer behaupteten Opposition - gegen ihre damalige Regierungspolitik!

Die Veralltäglicung struktureller Organisierter Kriminalität

Unter struktureller Organisierter Kriminalität verstehe ich die Legalisierung von Strukturen, die Bereicherungs- und Einflussstrukturen der organisierten Kriminalität gleichen und an deren Stelle treten.

Diese Form der juristischen Absicherung der kriminellen Ausplünderung der Gesellschaft durch Gesetze und ihre dauerhafte Institutionalisierung ist als zentraler "Erfolg" der rot-grünen Bundesregierung zu sehen. Obwohl klar zu sagen ist, dass hier an die Politik der CDU/CSU/FDP-Regierung im Kontext der 'Privatisierung' des DDR-Vermögens durch die Treuhand angeknüpft wurde, einer nicht weniger strukturell korrupten Praxis - also legalisierter Korruption.

- Die rot-grüne Bundesregierung hat systematisch demokratische Gremien durch Expertenkommissionen, zusammengesetzt aus LobbyistInnen, ersetzt und wesentliche Gesetze von diesen Kommissionen erarbeiten lassen (z.B. Hartz IV).
- Sie hat 'ausgeliehene' Bankmitarbeiter damit beauftragt, die Gesetze zur Finanzmarktreform auszuarbeiten.(4) Sie hat im Großmaßstab die Kontrolle der Finanzmärkte ausgeschaltet und damit wesentlich das legal kriminelle Handeln der Banken, das zur Bankenkrise führte, mit ermöglicht.
- Sie hat die Vermischung von politischen Aufgaben mit privatwirtschaftlicher Stellenakquise für die Zeit nach dem Kanzler/Ministerjob/Beraterjob bzw. mit späteren privatwirtschaftlichen Tätigkeiten in verbundenen Bereichen zum Standard erhoben (siehe z.B. die Lebensläufe von Gerhard Schröder, Joschka Fischer, Walther Riester, Bert Rürup).

- Sie hat die Finanzmarktgesetze so geändert, dass Finanzdienstleitern ermöglicht wurde, systematisch legal ihre KundInnen zu betrügen, legal im Sinne der Gesetze und Betrug nach Empfinden der KundInnen, und gleichzeitig wurden Teile ihrer Wahlkämpfe von Unternehmern aus diesem Bereich finanziert bzw. später wurden engste Kontakte zu diesen gepflegt.(5)
- Sie hat auch den Unsinn von Public Private Partnership mit unterstützt und damit die legalisierte Ausplünderung von Kommunen.

An anderer Stelle wurde dies in der *Graswurzelrevolution* bereits unter dem Stichwort des Beraterkapitalismus kritisiert. Viele dieser Instrumente der strukturellen organisierten Kriminalität wurden auch nach Abgang der rot-grünen Koalition fortgeführt und gehören heute zum Standard neoliberaler Entdemokratisierung.

Orwellsches Neusprech und die Zerstörung emanzipativer Bewegungen

Eine aus linker Sicht besonders widerliche Innovation der rot-grünen Bundesregierung, die wesentlich auf die Partei der Grünen zurückzuführen ist, ist die Integration emanzipatorischer Begriffe in das Vokabular der Herrschaftsdurchsetzung.

Da bezeichnen sich Kriegstreiber auf einmal als Pazifisten, die robuste Friedensmissionen durchführen im Interesse feministischer Forderungen, da reden die Herrschaftsknechte der Arbeitslosenverwaltung von Selbstorganisation und bezeichnen sich selbst als Serviceinstitution und die Verfechter totalitärer Sicherheitsgesetze begründen dies als Kampf gegen Neonazis.

Durch dieses orwellsche Neusprech wurde es gerade für die nachfolgende politische Generation schwer, zwischen realen emanzipativen linken Ideen und menschenverachtender rot-grüner Politik zu unterscheiden.

Dazu kam, dass Teile von Organisationsstrukturen ebenfalls mit übernommen wurden. Und dass, kaum waren die Grünen wieder in der Opposition, so getan wurde, als hätten all das oben genannte die anderen getan.

Wichtig wäre, dass sich die Basisbewegungen dies klar machen und sich klar den Instrumentalisierungsversuchen dieser Partei widersetzen.

Letztendlich wurden die linken Basisbewegungen massiv geschwächt und auch dies ist ein "Erfolg" von Rot-Grün.

Wahlen helfen nicht

Grundsätzlich gilt, dass FDP, CSU und CDU in keinem Punkt grundlegend andere Positionen vertreten, aber erst durch den Umschwung von SPD und Grünen konnten die neoliberale

Menschenverachtung und der chauvinistisch militaristische Standortnationalismus auf breiter Basis in großen Teilen der Gesamtgesellschaft durchgesetzt werden.

Wahlen helfen nicht nur nicht, sie führen zur Legitimierung repressiver Politik!

Jörg Djuren, 2013

Anmerkungen

(1) Weitere Informationen hat dazu z.B. der Journalist Jürgen Roth zusammengetragen (viele Informationen sind auch auf dem Forum telepolis des Heise Verlages zu finden).

(2) Z.B. SZ - 17 Mai 2010 - Geheime Kooperation BND half Amerikanern im Irakkrieg

(3) Heise News - 09.03.2005 - Die Gesundheitskarte als Universal-ID

(4) Report Mainz vom 6. Oktober 2003 - Bankenlobby im Hause Eichel: Wie im Finanzministerium Banker an Gesetzen mitschreiben

(5) Siehe z.B. SZ - 5. März 2011 - Altkanzler Schröder: Deal mit Maschmeyer - Das Millionengeschäft / SZ - 28. April 2011 - Unternehmer Carsten Maschmeyer - Er half Schröder, wo er konnte

Warum ein Prostitutionsverbot die Menschenwürde mißachtet

*Ich halte nichts von ihrer Art, Sexualität zu leben,
und doch würde ich für ihre Freiheit, sie zu leben,
kämpfen!*

Die Grundlage aller Freiheit ist die Freiheit körperlicher Selbstbestimmung. Alle anderen Freiheiten setzen diese Freiheit voraus.

Für AnarchistInnen muss es deshalb zum wichtigsten Prinzip gehören diese Freiheit zu verteidigen und dort, wo sie nicht existiert, zu erkämpfen.

Für viele Menschen, mich eingeschlossen, ist dabei diese Freiheit ursächlich mit ihrer Menschenwürde verbunden. Die Infragestellung der körperlichen Selbstbestimmung bildet für mich den Kern menschenverachtender Praxen. Insbesondere gilt dies für die Infragestellung der sexuellen Selbstbestimmung als Teil der körperlichen Selbstbestimmung. Deshalb ist jede Form aufgezwungener Sexualität in meinen Augen ein Verstoß gegen die Menschenwürde. Und wenn ich JEDE FORM AUFGEZWUNGENER SEXUALITÄT schreibe, meine ich genau dies.

Daraus folgen zwingender Maßen zwei Schlussfolgerungen.

- 1) Jede Form sexueller Handlungen, die in freier und einvernehmlicher Entscheidung zwischen Erwachsenen stattfinden, ist zu akzeptieren.

Das ist völlig unabhängig davon, ob ich diese Handlungen als richtig/falsch, moralisch/unmoralisch, gesund/ungesund oder als schädlich für die Handelnden ansehe. Das Recht auf freie körperliche Selbstbestimmung darf nicht durch solche Erwägungen eingeschränkt werden. Freiheit existiert nur dort, wo ich auch Dinge tun kann, die mir nach Meinung anderer Schaden zufügen. Jede Einschränkung öffnet der Willkürherrschaft Tür und Tor. Denn in all diesen Fragen geht es immer darum, anderen ein Wertesystem aufzuherrschen, dass nicht ihres ist.

Letztendlich wird das Subjekt einer Norm unterworfen und verworfen, seiner Menschenwürde beraubt.

Unabhängig davon kann ich natürlich Praxen, die ich für falsch halte, kritisieren. Genauso, wie ich mit der Kritik anderer leben muss. Ich kann versuchen Menschen zu überzeugen von einer anderen Lebensweise. Gelingt mir dies nicht, muss ich dies akzeptieren. Alles andere führt in Politiken eines jakobinistischen Wohlfahrtsstaates oder die Umerziehungslager totalitärer Staaten.

Was bedeutet dies für die Prostitution? Eine Kriminalisierung der Prostitution, dort wo sie in freier Entschei-

derung einvernehmlich stattfindet, ist ein massiver Verstoß gegen die Menschenwürde der Beteiligten und vollständig inakzeptabel.

- 2) Jede Form sexueller Handlungen, die nicht in freier und einvernehmlicher Entscheidung zwischen Erwachsenen stattfinden, ist zu bekämpfen.

Das ist völlig unabhängig davon, ob ich diese Handlungen als richtig/falsch, moralisch/unmoralisch, gesund/ungesund oder als hilfreich für die Betroffenen ansehe.

Was bedeutet dies für die Prostitution? Erhebliche Teile der Prostitution auch in Deutschland finden heute in Verhältnissen statt, die zum Teil offensichtlich von Gewalt/Zwang geprägt sind oder zumindest berechnete Zweifel an der Freiwilligkeit aufkommen lassen. Dies gilt es mit entsprechenden Maßnahmen zu bekämpfen.

Das heißt aber, es geht nicht darum die Prostitution an sich, sondern die nicht einvernehmlich in freier Entscheidung stattfindende Prostitution zu bekämpfen.

Die Gewalt muss bekämpft werden. Gewalt ist dabei gefasst als Handlung die sich gegen die Selbstbestimmung richtet. Gewalt kann dabei darauf gerichtet sein, als Staatsgewalt einvernehmliche Prostitution zu unterbinden, oder, als sexistische Gewalt Zwang zur Prostitution sein. In beiden Fällen

müssen AnarchistInnen dies bekämpfen und sich für die Freiheit der körperlichen Selbstbestimmung einsetzen.

Ich muss die Handlungen anderer Menschen, ihre Lebensweise, nicht verstehen, nachempfinden können oder gut heißen. Der Respekt vor der Menschenwürde der Anderen gebietet mir, diese Handlungen völlig unabhängig davon zu respektieren, solange sie auf der freien und einvernehmlichen Entscheidung aller Betroffener basieren. Diese Respektierung zu verweigern bedeutet nichts weniger als die Mißachtung der Menschenwürde der Anderen.

Diese Mißachtung zeigt sich für mich auch im Menschenbild einiger der AutorInnen, die sich für ein allgemeines Verbot der Prostitution aussprechen. Ausgangspunkt ist hier häufig die Annahme, es gebe DEN MENSCHEN und DIE RICHTIGE GUTE SEXUALITÄT, die dann der prostitutiven Sexualität entgegengesetzt wird. DEN MENSCHEN gibt es aber nicht. Menschen zeichnen sich dadurch aus, dass sie alle recht verschieden sind und dies schließt das sexuelle Empfinden und Gefühle mit ein. Was eine/r als angenehm empfindet kann für die/den anderen Gewalt sein. Das selbe Lächeln bei unterschiedlichen Menschen kann einmal Ausdruck von Freude und einmal aggressive Kampfansage sein.

Jede kann nur für sich selbst, jeder kann nur für sich selbst, feststellen, was Gewalt ist, was nicht, was schön ist, was nicht, was akzeptabel ist, was nicht, usw.. Aus diesem Grund ist die freie Selbstbestimmung zentral für die Menschenwürde, weil alle Menschen anders sind. Dies Differenz zu

negieren ist deshalb in sich bereits eine Mißachtung der Menschenwürde.

Zum Teil wird auch mit den strukturellen Gewaltverhältnissen argumentiert. Diese Gewaltverhältnisse (Sexismus / Kapitalismus / Rassismus / ...) sind traurige Realität. Diese Gewaltverhältnisse können aber keine Legitimation sein, die Selbstbestimmung einzuschränken. Im Gegenteil, die Selbstbestimmung innerhalb dieser Verhältnisse ist ein erster unumgänglicher Schritt um diese Verhältnisse selbst zu überwinden. Prostituierte zu 'ihrem Besten' zu entmündigen und ihre Arbeit zu kriminalisieren (und dies ist auch der Fall wenn die KundInnen kriminalisiert werden) ist keine Lösung, sondern Teil sexistisch paternalistischer Politik.

Dies alles sehe ich in einem gesellschaftlichem Kontext in dem insgesamt die Bereitschaft totalitärer Zugriffe auf die Lebensweise der Menschen zunimmt. Begründet wird dies fast immer damit, dass es zum Besten der Betroffenen wäre (Antirauchpolitik / Gesundheitspolitik / Zwangspsychiatrie / ...). Die Taliban des Westens sind genau wie ihre islamischen Brüder und Schwestern zutiefst von der Richtigkeit ihrer Lebensweise überzeugt und wie diese leiten sie daraus das Recht ab, andere zur guten Lebensführung zu zwingen und dabei das Selbstbestimmungsrecht zu mißachten oder auch mal Truppen zu schicken. Der Begriff des Gutmenschen ist ein Kampfbegriff aus der rechten Ecke und doch bekommt er hier eine neue Legitimation. Diese Menschen glauben sie wüssten, was das Gute ist, und leiten dar-

aus die Legitimation ab, anderen ihre Lebensweise aufzuherrschen.

Noch eine Schlussbemerkung zur Sexualität von Kindern und Jugendlichen. Zwischen Erwachsenen und Kindern kann es grundsätzlich keine freie selbstbestimmte Sexualität geben. Kinder bedürfen hier eines Schutzraumes (vor Zugriffen Erwachsener) ohne ihnen eine Sexualität abzusprechen.

Für Jugendliche gilt, dass es einer Abwägung zwischen Schutz und Freiraum zur Entwicklung einer freien und selbstbestimmten Sexualität bedarf. In vielen englischsprachigen Ländern wird dieser Freiraum inzwischen zunehmend eingeschränkt. Und auch in Deutschland gibt es Tendenzen in dieser Richtung im Kontext der Debatte um das Internet³⁹. Eine Entwicklung die im Kontext der oben genannten repressiven Tendenzen steht.

Meine eigene Position zur Prostitution ist ablehnend, aber ich halte die "normale" Ehe und die "normale" Familie strukturell nicht für weniger gewaltsam und sexistisch. Die Kriminalisierung und Ausgrenzung der Prostitution durch das BürgerInnenmentum dient wesentlich der Verschleierung dieser Tatsache.

"Ein interessantes Merkmal der Prostitution ist, [...] daß die Prostituierten sich außerhalb des legalen Marktes feilbieten müssen.

39 Z.B. die Forderung Jugendliche zu kriminalisieren, falls sie Posingfotos von sich im Internet posten (Sicher ist das nicht sinnvoll, aber kaum ein Fall für die Justiz).

Besonders wichtig daran ist, daß die Prostituierten von den "guten" Frauen abgesondert werden. Ziel dieser Trennung scheint die Verschleierung der politischen Funktion der "guten" Frauen zu sein mit dem Ziel, die Furcht der "guten" Frauen vor der Prostitution zu verstärken. Ein "Rand"-Erfolg dieser Spaltung ist die Verhinderung der Kontaktaufnahme zwischen "guten" Frauen und der einzigen Straßenguerilla, die wir bis jetzt haben."

(Ti-Grace Atkinson - Individuelle Verantwortung und die Unterdrückung des Menschen - Rede vom 28.5.1970, Frauenkonferenz in New York - Ti-Grace Atkinson war eine der wichtigsten US-Amerikanischen Feministinnen der 60er Jahren, die autonome basisdemokratische Strukturen bildete, als ihr die Mainstreambewegung unter Kate Millet u.a. sich zu sehr der kapitalistisch sexistischen bürgerlichen Herrschaft unterordnete. Der Spruch 'Feminismus ist die Theorie und Lesbianismus die Praxis' wird auf sie zurückgeführt. Sie verstand darunter eine politische Praxis.)

Jörg Djuren, 2014

DNA-Sammelwut stoppen!

Kriminalisierung Unschuldiger durch falsch positive Treffer beim Abgleich von DNA Datenbanken, DNA-Spurenanalyse und DNA-Fingerabdruck

Die DNA-Spurenanalyse gilt vielen Menschen als sichere Methode der Täteridentifizierung. Dies ist falsch.

Es handelt sich hier nur um Wahrscheinlichkeiten, die noch dazu von der Form der Anwendung der DNA-Analyse abhängen. Real ist praktisch jeder DNA-Fingerabdruck bei einer größeren Anzahl von Menschen identisch. Nur im Fall einer kleinen Anzahl Verdächtiger ist die Wahrscheinlichkeit einer falsch positiven Identifizierung gering. Je größer die Anzahl Verdächtiger, desto wahrscheinlicher wird ein oder werden mehrere falsch positive Treffer.

Der Fall einer Datenbankrecherche in den USA machte dies vor einigen Jahren deutlich: Eine Mitarbeiterin der Arizona Database hatte dort intern einen Datenabgleich zwischen allen gespeicherten Personenprofilen gemacht (insgesamt 60.000 mit neun gespeicherten Loki) und fand dabei etwa 90 Übereinstimmungen, also Paare mit dem gleichen DNA-Profil. Das heißt, die Wahrscheinlichkeit für falsch positive Treffer liegt bei ca. 1 zu 40.000.000. Das hört sich viel an, bereits ein Datenabgleich zwischen 60.000 Spurendatensätzen und 60.000 Profilen Verdächtiger ergibt aber $60.000 \times 60.000 = 3.600.000.000$ Kombinationsmöglichkeiten. Bei Abgleichen von Spurendatenbanken in Millionengröße steigt die Fehlerquote schnell. Beim Abgleich von 1.000.000 Spurendatensät-

zen mit eben so vielen Profilen wären bereits 25.000 falsch positive Treffer wahrscheinlich. In Presse, Film und Fernsehen wird diese erhebliche Unsicherheit dieser Methode meist unterschlagen. Zu befürchten ist, dass auch viele Ermittlerinnen und Ermittler unkritisch mit der Methode umgehen.

Bei der Spurenanalyse wird nur auf bestimmte Orte der DNA rekuriert (9 Orte) und nicht die gesamte DNA erfasst. In vielen Fällen ist auf Grund der Spuren auch gar nichts anderes möglich. Diese Teile der DNA sind aber, betrachtet man große Gruppen von Menschen, bei einer erheblichen Zahl von Menschen identisch (zufällige Übereinstimmungen). Die Wahrscheinlichkeit hängt von der Anzahl der bestimmten Orte ab. Bestimmt werden Teile der nicht funktionalen DNA. Ursprünglich wurde angenommen das nicht funktionale DNA rein zufällig zusammengesetzt ist, dies ist inzwischen widerlegt, so das zufällige Identitäten erheblich wahrscheinlicher sind, als ursprünglich angenommen (siehe Arizona Datenbankabgleich).

Das heißt der kriminalistisch üblicher Weise verwendete DNA-Fingerabdruck mit 9 Loci ist gerade kein eindeutig einem Menschen zuzuordnendes Merkmal. Oft liegen bei DNA-Spuren aber nicht einmal DNA-Fragmente mit 9 Loci vor, sondern nur ungenauere Ergebnisse mit weniger Orten und mit entsprechend noch fragwürdigerem Beweiswert. Gleichzeitig werden die Datenbanken zum Abgleich immer größer, was die Wahrscheinlichkeit für falsch positive Treffer und die Kriminalisierung Unschuldiger weiter erhöht. Die DNA-Analyse-Datenbank beim Bundeskriminalamt (BKA) wies zum

Ende des 3. Quartals 2010 einen Bestand von 702.015 Personendatensätzen und 181.184 Spurendatensätzen auf. Gerade Massengentest sind deshalb ein höchst fragwürdiges Instrument.

Beteiligen auch Sie sich am Protest auf:

<http://fingerwegvonmeinerdna.blogspot.eu/>

Dies ist aber nicht der einzige gute Grund der DNA-Sammelwut der Polizei entgegenzutreten.

- Es geht es auch um die Gefahr des Konstrukts neuer rassistischer biologischer 'Erklärungen' für kriminelles Verhalten;
- Um die Gefahr der Stigmatisierung und der sozialen Ausgrenzung von Menschen;
- Um die Umkehr der Unschuldsvermutung und den weiteren Abbau von BürgerInnenrechten;
- Um Akzeptanzbeschaffung für die Gentechnologie im Allgemeinen.

Das Gen-ethische Netzwerk hat deshalb die Kampagne 'Finger weg von meiner DNA!' gestartet.

Wir haben dies zum Anlass genommen eine Mitarbeiterin des Netzwerkes zu einem Vortrag mit anschließender Diskussion nach Hannover einzuladen.

Jörg Djuren - AK Biopolitik, Hannover 2011